

Protokoll der Mitgliederversammlung am 22.04.1989 in Neukeferloh

Anwesend: Julia Fellingner (BSSp Schwaben), Matthias Detter (BSSp Schwaben), Chan Uk Jun (BSSp Unterfranken), Michael Lüdke (BSSp OBB-Ost), Ursula Saeckel (BSSp OBB-Ost), Andiy Müller (BSSp Mittelfranken), Benedikt Rodenstock (BSSp OBB-West)

Tagesordnungspunkte:

1. Information: Junge Presse Bayern e.V.
2. Nachbereitung des Philologenverbands-Gespräches
3. Strategie-Diskussion über das Minister-Gespräch
4. Amtslöschung - Prozeß
5. Landesschulbeirat
6. Mißbilligung der Verwendung des bay. Wappens
7. Kontakt zur LEV
8. Berichte über die BATs
9. LSV-Öffentlichkeitsarbeit
10. Termine (MV, Sommerseminar...)
11. Besprechung der BSSp mit den MBs im KM
12. Wehrdienstzeit - Auswirkungen auf die Schulzeit
13. Abituraufgabenänderung im GPR-Bereich (momentaner Stand)
14. Verschiedenes

zu 1.: Zur Information: Die Junge Presse Bayern (JPB) ist ein Organ, das zur Information und Fortbildung von jungen, presseinteressierten Leuten dient. Unterstützt wird dieser Verein durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Parteien, die z.B. Seminare der JPB finanziell unterstützen. Das Problem der JPB, so der Gast Florian Schmitt (Anti-Zensurreferent der JPB), sei das Verteilen des Bayernanzeigers (Zeitung der JPB). Außerdem sei der Kontakt zu den Regionalgruppen nicht so gut.

In diesem Zusammenhang sind Aktionen mit der LSV von seiten der JPB geplant. Die LSV soll dafür u.a. einen Artikel im Bayernanzeiger veröffentlichen, außerdem ist ein Gespräch mit dem JPB-Vorstand vorgesehen. Der Grund liegt hierfür im beiderseitigen Nutzen: Die LSV verfügt über die Basis (also die Schülersprecher) und die JPB kann der LSV im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit weiterhelfen. Abgesehen davon wird der LSV ein Stand bei der internationalen Jugend-Medien-Messe zur Verfügung gestellt, auf welcher sich diese vorstellen kann.

zu 2.: Von den Anwesenden wird das Gespräch als sehr positiv bezeichnet und das Entgegenkommen bzw. die Zusage der Hilfe vom BPV sehr begrüßt.

zu 3.: Auf die Frage, wer bzw. wieviele BSSp zu einem evtl. Gespräch mit dem Minister kommen sollten, kommen unterschiedliche Meinungen auf. Während die einen nur eine Vier-Mann-Delegation für ausreichend halten, meinen andere, alle sollten an dem Gespräch, in welchem es schließlich um den Verein gänge, teilnehmen. Von Zano wird der Vorschlag gemacht, daß neben dem Vorstand ein Mädchen zum Gespräch kommen sollte.

Für diesen Antrag stimmen 5 Mitglieder, 2 Stimmen sind gegen den Antrag.

Als Delegierte werden der Vorstand und Ursula Saeckel bestimmt.

Folgende Verhandlungsbasis (in Stichpunkten) wird für das Gespräch abgestimmt:

- SMV als Grundlage der demokratischen Mitbestimmung der Schüler muß anerkannt sein (schulpolitisches Mandat soll auf der Grundlage der demokratischen Selbstvertretungsrechts behandelt

werden)

- Legitimation der BSSp als Schülervertreter
- Bereitschaft zu einer selbstbestimmten LSV (Verein) trotz entsprechenden Angebots des KUMIs
- Akzeptanz der LSV unter der Bedingung der Namensweiterung ("...für Gymnasien...")

Dabei muß bedacht werden, daß das Gespräch keinen Verhandlungscharakter haben soll, sondern daß lediglich, da es sich um das erste Gespräch dieser Art handelt, die grundsätzlichen LSV-Positionen abgeklärt werden sollen.

zu 4.: Vorneweg wurde das grundsätzliche Problem aufgeworfen, wer in Zukunft die juristischen Fragen lösen sollte. Michael meint, man solle schon jetzt einen BSSp in die juristischen Probleme mit einarbeiten, der noch länger im Amt bleibt innehat. Zuerst wurde die Stellungnahme des KMs verlesen, um jeden noch einmal die Argumente des KMs ins Gedächtnis zu rufen. In Stichpunkten zusammengefaßt:

- Landesschülervertretung: gibt den Anschein, als handle es sich die bay. Schüler. Dabei würden allenfalls die Interessen der bay. Gymnasiasten vertreten.
- Landesschülervertretung: die BSSp haben kein schulpolitisches Mandat. Ihre Aufgaben sind durch die Schulordnung eng begrenzt.
- Landesschülervertretung: Das KM hat schon vor längerem einen Beschluß gefaßt, daß es keine landesweite Schülervertretung (auch keine LSV) geben könne.

Danach verlesen Michael und Uli ihre jeweiligen Entwürfe einer Stellungnahme zu diesen Argumenten:

- Der Vereinsname "Landesschülervertretung-Landesvereinigung der Bayerischen Bezirksschülersprecher e.V." drücke unmißverständlich aus, daß nur die Gymnasien gemeint sind, da es nur im Gymnasialbereich BSSp gibt. Außerdem mache ihre Tätigkeit klar, daß es sich um Gymnasiasten handle, d.h. es wäre keine Schädigung anderer möglich.
- Die BSSp werden nach den Regeln der repräsentativen Demokratie gewählt. Die natürlichste Konsequenz davon sei das selbstständige Vertretungsrecht der BSSp.
- Aus einem Zeitungsartikel von 1976, wie auch aus den Landtagsprotokollen, geht hervor, daß das Kumi eine institutionalisierte LSV ablehnt, jedoch die Gründung eines Vereines befürwortet (z.B. LEV, BPV...)

Nach allgenmeiner Umfrage kommt heraus, daß sich die LSV zu einem Kompromiß auf Änderung des Vereinsnamens einlassen würde. Die Verhandlung kann sich länger hinausziehen, da die Stellungnahmen erst geprüft werden müssen. Im Falle, daß das Amtsgericht dem Kumi zustimmt, wäre die LSV bereit, in die nächste Instanz zu gehen.

Neben einem Artikel in der nächsten "GUCKLOCH"-Ausgabe (Zeitung des Schülerladens Würzburg) soll am 3. Mai noch eine Pressekonferenz in München abgehalten werden, zu der die bekannten Münchener Tageszeitungen und auch die Radio-Stationen eingeladen werden sollen. Der Rechtsanwalt sollte auch dabei sein. Ursula, Bene und Michael sollen sich um die Organisation kümmern. Uli will ferner eine Presseerklärung verfassen.

zu 5.: (wird von Michael nachgereicht)

zu 6.: Einstimmig wird das eigenmächtige Handeln des Geschäftsführers von der Mitgliederversammlung gerügt und mißbilligt, das Wappen des Freistaats Bayern auf den letzten Protokollen der LSV

verwendet zu haben.

zu 7.: Die LEV (Landes-Eltern-Vereinigung für die Gymnasien e.V.) ist bereits an einige BSSp sporadisch herangetreten; sie besitzt eine sehr scharfe und unwillige Haltung gegenüber der Lehrplanänderung bezüglich der unzureichenden Behandlung ihrer Vorschläge.

In einer Abstimmung bekunden die Mitglieder einstimmig ihr Interesse an einem Gespräch mit der LEV.

zu 8.: Die Berichterstattung von den BATs wird aufgeschoben, da einige BATs noch nicht abgehalten wurden; speziell die BSSp, für die Berichte einen sofortigen Nutzen haben könnten, seien überdies nicht anwesend.

zu 9.: Das SSp-Info der BSSp von OBB-Ost und -West, welches vor allem von der Haarer SMV gestaltet wird, soll nach einem Vorschlag von Martin Unger auf Landesebene unter der Schirmherrschaft der LSV (Herausgeber) erweitert werden.

Auflage: 1000-1500 Stück (bei 1500 für jede Schule zwei Exemplare für die Schülersprecher und eines für die Schülerzeitung) Finanzierung: durch Anzeigenbeilagen (Verschickung ist über die BezJR evtl. möglich)

Druck: in Haar

Verteilung: liegt bei den einzelnen Bezirken (schon aus datenschutzrechtlichen Gründen) bzw. wird von der Haarer SMV organisiert

Martin Unger wird von der MV einstimmig durch einen entsprechenden Antrag zum Geschäftsführer der LSV im Bereich des SSp-Infos bestimmt. Auch wird einstimmig vereinbart, daß die schulpolitischen Inhalte zwischen dem Verein und der Redaktion eine Verwaltungsaufgabe ist, die damit in den Händen des Vorstands liegt.

Die einzelnen BSSps können und sollen Artikel schreiben, sie können aber auch bestimmte Schulen zu einem Artikel anhalten (z.B. über einen AK, über Veranstaltungen, Aktionen).

zu 10.:

08.06.1989 : Sitzung des Landesschulbeirates (Hauptpunkt: Lehrplanreform)

10./11.06.1989: Mitgliederversammlung in Erlangen (hauptsächlich neuer Lehrplan!)

14.06.1989 : Besprechung der BSSp mit den MBs im KM (siehe 11.)

10./11.07.1989: LAG-SMV in München

Ende Juni bis : Gespräch mit CSU, SPD, LEV
kurz nach den Ferien

Sommerferien : Sommerferienreise des Schülerladens Würzburg nach Frankreich unter Einbeziehung interessierter SSp, Ex-BSSp und and. Interessierten (ca. 10 Tage, Teilnehmerbeitrag 200.-DM ma.)

1.-3.12.1989 : MV in Babenhausen für neugewählte BSSp

zu 11.: Ausarbeitung eines Arbeitspapiers (der Bezirk, der den Punkt eingeben soll, ist in Klammern abgegeben)

- W 18 [Unterfranken]

- Schulzeitverkürzung auf 12 Jahre [Unterfranken]

- Ganztagschuldiskussion [Unterfranken]

- Eignungsprüfungen an Hochschulen (Diskussion um Hochschuldiskussion) [Unterfranken]

- Situation des Schulforums [Schwaben]

- Stimmrecht des LAG-Vorsitzenden [Mittelfranken]
- Schülerzeitungszensur [Oberbayern-Ost]
- mehrtätige Klassensprecherseminare [Oberbayern-West]

zu 12.: Trotz einer ^{Laubauung} Verantwortung vom Kultusminister, ab nächstem Schuljahr infolge der vorläufigen Beibehaltung von 15 Monaten den schulschluß für die 13.-Kläßler zurückzuverlegen, wird es nun doch beim diesjährigen Modus nach einem Beschluß der Bonner Koalition bleiben. Grund: Die Bundeswehr hält am Einzugstermin 01. Juni aus "technischen Gründen" fest. Das Colloquium bleibt bei allen Formen aber hinter den schriftlichen Fächern.

zu 13.: Ab dem Abitur 1990 (für die jetzigen 12.-Kläßler) soll die Vorauswahlmöglichkeit bei den Abituraufgaben im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenbereich (GPR-Bereich) [in den Fächern Geschichte, Sozialkunde, WR, Erdkunde] für die Fachlehrer entfallen.

Dagegen wird die Erstellung einer Eingabe durch den Geschäftsführer im Benehmen mit der MV einstimmig beantragt.

(Anm.: Neueste Nachricht: Der Wirtschaftsphilologenverband hat zusammen mit dem BPV bereits eine Eingabe gestartet, bei welcher durch den Geschäftsführer Argumente mit eingebracht wurden)

zu 14.: - Finanzierung der beiden Neukeferloh'er MVen: durch Unkostenbeteiligung in Höhe von 200.-DM bei 250.-DM Unkosten
 - Der Geschäftsführer (Joh.) hat entsprechend eines Beschlusses von Würzburg Kontakt mit der Zeitung "Schule aktuell" vom KM aufgenommen. Bei einer direkten Kontaktaufnahme soll dieser Punkt nochmals angesprochen werden - Protokolle von BATs: Noch immer fehlen dem Geschäftsführer fürs Vereinsarchiv die Protokolle der einzelnen BATs der letzten Jahre.

Protokollführer:

Julia Fellingner

Ursula Saeckel

Abschrift vom Original:

Johannes Mierau

Chan Uk Jun (für den Vorstand)